

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 160. Ratssitzung vom 5. Juli 2017

3080. 2016/186

Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.06.2016: Subventionierte Kulturinstitutionen, jährliche Information über den effektiven Eigenfinanzierungsgrad sowie Publikation der Jahresrechnungen im Internet

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1957/2016): Wir haben bereits 2015 mit einem Postulat versucht, den Eigenfinanzierungsgrad der Zürcher Kulturinstitutionen transparenter zu machen. Man warf uns vor, das Postulat sei überladen, wir verlangten viel, unter anderem auch das Kenntlichmachen von Quersubventionierungen. Wir wollten zum Beispiel wissen, wie viele Tickets eine Institution verkauft oder wie viel Sponsoring sie auf dem sogenannten freien Kulturmarkt ergattern kann. Wir wollten wissen, was ausgegeben wird und wie viel auf privater Ebene eingenommen wird. Diese Gegenüberstellung hätte uns interessiert. Die Stadtpräsidentin sagte, man könne den Eigenfinanzierungsgrad in rund 30 Sekunden abschätzen. Dies ist aus meiner Sicht nicht möglich. Es sind etliche Kulturinstitutionen, die man untersuchen müsste. Über die Webseiten der Kulturinstitutionen findet man die Zahlen nicht immer sofort. Es gibt weitere Beträge, es gibt nicht sichtbare Tickets, es gibt Quersubventionierungen. Oft werden Projektbeiträge nicht ausgewiesen. Es gibt Abschreibungen, Investitionsabschreibungen, die nicht ausgewiesen werden. Wenn man längere Phasen online untersuchen will, steht man oft an. Es gibt auch versteckte Subventionen, wie wir kürzlich beim Museum Haus Konstruktiv herausgearbeitet haben. Dieses muss dem ewz einen sehr tiefen Mietzins bezahlen. Das sind ebenfalls Subventionen. Diese müssten ausgewiesen und den Eigeneinnahmen gegenübergestellt werden. Es ist eine riesige Aufgabe, den Eigenfinanzierungsgrad aller Institutionen selber zu erheben. Es ist auch offen, wie die Institutionen oder der Stadtrat auf unsere Fragenkaskade reagieren würden, wenn wir die Informationen selber erarbeiten müssten. Es gibt verschiedene Gründe, warum der Stadtrat unser Anliegen nicht annimmt. Der Stadtrat ist mit einem grossen Herz, aber oft wenig ökonomischem Verstand unterwegs. Es gibt Projekte, Mentoren, um Künstler im Markt zu behalten. Der Stadtrat hat aus unserer Sicht ein falsches Bild von Förderung. Zudem hat er Angst, dass es implodiert. Mit der Einberechnung der Mieten in den Eigenfinanzierungsgrad sinkt zum Beispiel der Eigenfinanzierungsgrad des Neumarkts von 28 auf 16 %. Es ist zu befürchten, dass immer deutlicher würde, dass zahlreiche kulturelle Organisationen und Institutionen in der Stadt, die mit grossen Beträgen von Stadt, Kanton und Bund unterstützt werden, fatale Eigenfinanzierungsgrade aufweisen würden. Einzelne Eigenfinanzierungsgrade würden möglicherweise sogar unter 10 Prozent fallen. Wenn man weiss, was geleistet wird, kann man auch entscheiden, wo Verbesserungen vom Kulturdirektor durchgeführt werden können. Dies ist aus unserer Sicht notwendig. Ich hoffe, dass die Mehrheit im Rat nichts gegen diese Transparenz einzuwenden hat.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Wie Dr. Daniel Regli (SVP) bereits erwähnte, diskutierten wir vor einem Jahr ein Postulat, das die Neuberechnung des Eigenfinanzierungsgrads verlangte. Diese Neuberechnung hätte alle sogenannten staatlichen Quersubventionierungen – Zuwendungen von verschiedensten Ebenen, Ticketverkäufe von Stadt, Kanton, Bund, Mitgliederbeiträge und so weiter – aufarbeiten sollen. Der Gemeinderat lehnte dieses Ansinnen damals mit grosser Mehrheit ab und entschied, dass der Nutzen, den dieser Grossaufwand bringen würde, in keinem Verhältnis zu einem relevanten Mehrnutzen stehen würde und vor allem die Verwaltungsbürokratie aufblähen würde. Mit dem vorliegenden Postulat wird im Grunde dasselbe wie damals verlangt. Einzig die Formulierung ist etwas anders. Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob die Parlamentarierinnen und Parlamentarier über genügend Informationen verfügen, um über den Einsatz von Steuergelder entscheiden zu können und welche Informationen für sie entscheidend sind, um über Kulturförderungsbeiträge entscheiden zu können. Meiner Meinung nach sind die notwendigen Informationen vorhanden. Die Weisungen der Stadtverwaltung sind transparent und umfassend. Das Parlament kann in den Kommissionen zu sämtlichen Weisungen Nachfragen stellen, damit die Weisungen beurteilt werden können. Der Stadtrat beantwortet die Fragen jeweils offen und transparent. In den Kommissionssitzungen sind jeweils auch Vertretungen der Institutionen anwesend, die allfällige Fragen ebenfalls beantworten können. Die Geschäftsberichte insbesondere der grösseren Kulturinstitutionen sind online einsehbar. Die Kommissionen werden vom Kulturdirektor jährlich über die wichtigsten Kennzahlen informiert. Auch dort können Nachfragen gestellt werden. Ausserdem fordert die GPK jedes Jahr sämtliche Jahresberichte von Institutionen mit Abordnungen der Stadt an. Es gibt also bereits jetzt eine sehr breite und systematische Sammlung der Jahresberichte. Transparenz ist dem Stadtrat ein Anliegen. Wir sind aber der Meinung, dass diese gegeben ist. Man sollte das Verhältnis von Aufwand und Ertrag beachten, gerade, wenn es um zusätzliche Informationen geht. Man muss nicht mit Kanonen auf Spatzen schiessen. Wir müssen auch aufpassen, dass die Kulturförderung nicht zunehmend auf finanzielle und betriebswirtschaftliche Kennzahlen reduziert wird. Zahlen sind wichtig, Zahlen sind vorhanden. Kultur ist aber mehr als Zahlen.*

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Wir als Gemeinderat sind dazu da, strategische Entscheide zu fällen. Die vorhandenen Zahlen reichen aus. Die Transparenz ist vorhanden, um die nötigen strategischen Entscheide zu fällen, welche Kulturhäuser wir wie subventionieren wollen. Wenn man mehr Zahlen sehen will, kann man bei den meisten privaten Vereinen und Organisationen Mitglied werden. Dort erhält man einen Einblick ins Operative und in detaillierte Abrechnungen. Wenn wir jeweils über öffentliche Vergaben sprechen und von unserer Seite her fordern, wir hätten gerne Transparenz darüber, wie gewirtschaftet wird und in welcher Höhe sich Löhne bewegen, argumentiert die SVP jeweils, es sei alles privat und die Privaten müssten keine Auskunft geben. Im vorliegenden Fall will die SVP noch mehr Zahlen, zurückverfolgt über zehn Jahre bis ins letzte Detail, obwohl der Eigenfinanzierungsgrad in der Rechnung ersichtlich ist. Es geht der*

SVP gegen die ungeliebte Kultur und nicht um die Frage, ob eine Institution im Kulturbereich gut funktioniert und das tut, was wir möchten. Der Eigenfinanzierungsgrad ist nur eines von zehn Kriterien, die gute Kultur ausmachen. Würde man nur noch das Argument der Eigenfinanzierung nehmen, würde man ganz viel an Kultur verhindern, unter anderem auch die Nachwuchsförderung. Auch die Oper gäbe es nicht mehr, wenn sie nicht in diesem Mass subventioniert wäre, da ein gigantischer Aufwand betrieben werden muss. Dort handelt es sich aber nicht um das sogenannte links-grüne Publikum, wie uns dies vorgeworfen wird. Mit dieser Haltung wird Neues abgewürgt und die Jugend wird davon abgehalten, in die Kultur einzusteigen. Wir lehnen den erneuten Bürokratieantrag ab. Wir wollen Subventionen für Kultur und nicht für Bürokratie. Diese Detailarbeit muss die SVP selber leisten.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Die Postulanten fordern eine Offenlegung sämtlicher Leistungen, die an subventionierte Kulturinstitutionen fließen. Sie insinuierten dabei auch, dass die Kunst umso besser sei, je höher der Eigenfinanzierungsgrad sei. Die GLP hat nichts gegen die Schaffung von Transparenz einzuwenden, sofern bei dem Postulat der Bürokratieaufwand nicht aus dem Ruder läuft. Wir befürchten, dass mit der absoluten Forderung nach einem detaillierten und langfristigen Nachweis des sogenannten effektiven Eigenfinanzierungsgrades letztendlich Geld in die Verwaltung für Rechercharbeiten abfließt, das wir lieber direkt in das kulturelle und künstlerische Geschehen investieren möchten. Grundsätzlich setzt für uns grünliberale Kulturpolitik dort an, wo Kultur nicht in die Logik des freien Markts eingebettet werden kann und darum auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist. Auch wenn Kunst sich nicht vollständig selber finanzieren kann, unterstützen wir sie als sinnstiftende Grundlage unserer Kultur und Gesellschaft. Das ist nicht als bedingungslose Unterstützung von allem, was sich irgendwie kreativ gibt, zu verstehen. Gerade, wenn der Staat eingreift, ist eine Transparenz bei der Verwendung von öffentlichen Geldern unabdingbar. Wir sind der Meinung, dass die Verwaltung bereits einen sehr grossen Aufwand betreibt, um diesem Bedürfnis nach Transparenz bezüglich Wirtschaftlichkeit genügen zu können. Eine weitergehende Fixierung auf den Eigenfinanzierungsgrad lehnen wir ab. Dies auch deshalb, weil wir, wenn wir das Kriterium des Eigenfinanzierungsgrades als das einzig Wichtige betrachten, letztendlich an einem Punkt ankommen werden, an dem für die Politik nur noch massentaugliche Kunst mit einem hervorragenden Eigenfinanzierungsgrad als förderungswürdig erachtet wird. Es würde dann nur noch Kunst unterstützt, die sich gut im freien Markt behaupten kann. Formen, die sich zuerst noch etablieren müssen, aber sehr wohl in einem Innovationsprozess involviert sind, würden ausgeschlossen. Das hat nichts mit einem grossen Herz für arme Künstler zu tun. Die Grünliberalen unterstützen dieses Vorgehen und die Fixierung auf den Eigenfinanzierungsgrad nicht. Gerade in der Kunst braucht es einen Spielraum, um scheitern zu können und nicht immer auf Anrieb gesellschaftlich und wirtschaftlich mehrheitsfähig sein zu müssen. Die Diskussion um den Eigenfinanzierungsgrad ist zwar legitim, aber letztendlich führt sie zu einer intellektuellen Verarmung der Kulturdebatte. Anstatt nur über die Wirtschaftlichkeit von Kulturinstitutionen zu diskutieren, sollten wir auch darüber reden, welchen ideellen Wert wir der Kultur beimessen und welche Mittel wir investieren wollen, damit die kulturelle Vielfalt in Zürich aufrechterhalten werden kann. Weil es nicht genug Geld für alle hat, bedingt das eine Diskussion mit den schwierigen Entscheiden, welche Kulturangebote für uns wichtig*

sind, welche zeitgemäss oder überholt sind, oder welche Institutionen den Erhalt von kulturellem Erbe zeitgemäss weiterführen können. Wir stehen nicht bedingungslos hinter jeder Institution im Kulturbereich. Man kann uns deshalb nicht attestieren, dass wir diese Diskussion nicht führen würden. Sie ringt von uns mehr Argumente ab als eine Diskussion rund um eine Ziffer mit dem vielversprechenden Titel Eigenfinanzierungsgrad. Deshalb lehnen wir als Grünliberale das Postulat ab.

Rosa Maino (AL): *Transparenz über die Finanzierungsmodalitäten der subventionierten Kulturinstitutionen ist eine legitime Forderung. Die AL unterstützt diese Forderung durchaus, nicht aber das vorliegende Postulat, da es einen unverkennbaren kulturfeindlichen Ansatz aufweist und einmal mehr vom Ansinnen geprägt ist, Kulturinstitutionen über einen einseitigen und ausschliesslichen Fokus auf Zahlen desavouieren und diskreditieren zu wollen. Man möchte die Leistungsfähigkeiten der Kulturinstitutionen in Frage und in Abrede stellen. Dass für die sogenannte Leistungsfähigkeit einer Institution laut den Postulanten offenbar ausschliesslich rechnerische Grössen zählen, ist auch daran zu erkennen, dass die Postulanten zwar verlangen, dass Kultureinrichtungen ihre Jahresrechnungen, nicht aber ihre Jahresberichte auf dem Internet frei zugänglich machen sollen. Untersucht und querverglichen soll lediglich werden, was ausgegeben und eingenommen wird, die Qualität und Transferleistungen von Inhalten scheinen die Postulanten nicht zu interessieren. Anstatt kostbare Zeit zu verschwenden, um zehn Jahre zurück über die detaillierten Jahresrechnungen der Kulturinstitutionen zu brüten, und um in den Jahresrechnungen Gründe zu suchen und zu finden, warum die Institutionen aus betriebswirtschaftlichen Gründen keine Existenzberechtigung haben, empfehle ich der SVP, die entsprechenden Institutionen zu besuchen und sich vor Ort zu amüsieren, sich zu inspirieren, sich zu irritieren und sich auch provozieren zu lassen, und sich zu überzeugen, dass die Institutionen zwar nicht selbsttragend, aber jeden Rappen der Subventionen wert sind.*

Roger Liebi (SVP): *Ich bin erstaunt über die nun vorgetragenen Voten bezüglich der Fragen zur Transparenz oder wie weit zurück man Zahlen verfolgen sollte. Die Rednerinnen und Redner waren gestern an der Kommissionssitzung anwesend. In dieser wurde der erste Teil eines Berichts der Integrated Consulting Group von Graz vorgestellt. Der Bericht wies genau das Gegenteil dessen aus, was nun hier diskutiert wurde. Ich frage mich, warum der Stadtrat eine derart teure Consultinggruppe anstellt, um danach deren Aussage überhaupt nicht wahrzunehmen. Der Bericht sagt aus, es herrsche zu wenig Transparenz, man arbeite zu wenig mit Leistungsaufträgen und dergleichen. Dennoch vertritt die Stadtpräsidentin sogar die Haltung, man wolle diese Transparenz nicht. Trotzdem wird viel Geld für einen solchen Bericht bezahlt. Es geht um Wirtschaftlichkeit. Man kann dies negieren und das Resultat ignorieren. Unabhängig davon, ob man für oder gegen das Postulat ist, die Fragen der Transparenz und der Wirtschaftlichkeit, die Fragen der Leistungsüberprüfung oder der Leistungsaufträge sind nicht zu umgehen. Das kann nicht der Weg sein, wie man Kultur diskutiert. Die GLP hat beim Kulturleitbild jeweils die Chance, etwas im Grundlegenden zu diskutieren. Sie winkt das Leitbild jedoch jedes Mal durch. Sie sollte nicht eine gewisse Haltung äussern und dann diese bei einer Abstimmung wieder ändern. Ich bin kein Schönwetterpolitiker, der sagt, was die andern hören möchten. Ich möchte für Transparenz sorgen. Diese ist hier*

nicht gegeben.

Dr. Mario Babini (parteilos): Heute geht es stets um eine ökonomische Sicht von Kosten und Nutzen. Die Problematik ist, dass Kultur eine sehr vielschichtige Angelegenheit ist. Dies geht hier ein wenig vergessen. Es kann nicht alles monetär bewertet werden, das in die Kultur fließt. Jeder Franken, der in die Kultur fließt, hat auch zahlreiche weitere Ausgaben bei KMU und bei anderen Institutionen zur Folge und trägt auch in immaterieller Art und Weise dazu bei, dass zum Beispiel Integration besser gelingt oder andere Faktoren einen Nutzen ziehen. Es ist eine sehr einseitige Sichtweise, wenn man den Eigenfinanzierungsgrad zum alleinigen Ziel für die Bewertung von Kulturausgaben erklärt. Für mich ist Kultur auch ein Investitionsprojekt. Sie enthält sehr viele nicht quantifizierbare Faktoren. Wenn man Kultur auf den Eigenfinanzierungsgrad reduziert, läuft man teilweise in eine Sackgasse. Es gibt Dinge, die man im Wert nicht quantifizieren kann. Die Kultur gehört dazu. Es ist zwar ein richtiger Ansatz, dass man versucht, die Kulturausgaben im Nutzen zu quantifizieren. Doch dieser Ansatz ist – auch aus meiner Sicht als Präsident der IG Kunst und Kultur – zu kurz gegriffen.

Mark Richli (SP): Die Haltung der SP deckt sich mit derjenigen der Stadtpräsidentin und auch mit den Haltungen von Rosa Maino (AL) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP). Roger Liebi (SVP) hat in seiner üblichen polemischen Verdrehung von Voten behauptet, niemand wolle Transparenz, insbesondere die Stadtregierung nicht. Tatsache ist, dass alle Transparenz gut finden und diese auch offen vorhanden ist. Wenn die SVP die Berichte nicht lesen will, ist das nicht unser Problem.

Isabel Garcia (GLP): Eine Klarstellung zur Transparenzdiskussion im Kulturbereich: Wir diskutieren jeweils über das Leitbild. Dieses abzulehnen, macht aber keinen Sinn, wenn man damit mehr Transparenz erfahren möchte. Es wäre nicht zielführend. Die Kommissionssitzung von gestern war ein guter erster Schritt in diese Richtung. Bisher wurde uns das Kulturleitbild jeweils zugestellt und wir haben es durchgewunken oder nicht. Diesmal haben wir mit den Ergebnissen der Studie erstmals die Möglichkeit, diese als Steuerungs- und Managementinstrument zu nutzen. Erhöhungen wurden von der GLP in den Abstimmungen – egal, worum es ging – stets abgelehnt, so etwa bei den grossen drei Kulturinstitutionen. Auch bei anderen Institutionen haben wir uns in Bescheidenheit geübt. Bei der Abstimmung über ZiL haben wir das Behördenreferendum unterstützt. Wir waren immer gegen diese neue Kulturinstitution und die damit verbundenen zusätzlichen Ausgaben. Dasselbe bei anderen Institutionen. Wir haben uns aktiv dafür eingesetzt, dass die jährlichen Beiträge in einem bescheidenen und vertretbaren Mass gesprochen werden können.

Dr. Daniel Regli (SVP): Es war nun mehrfach davon die Rede, wir würden Bürokratie fordern. Hier besteht ein Widerspruch. Wenn die Eigenfinanzierungsgrade so offensichtlich wie behauptet eingesehen werden könnten, wäre es keine Bürokratie. Es ist gut möglich, dass die Stadt bei jenen Organisationen und Institutionen, die den Eigenfinanzierungsgrad nicht transparent ausweisen, anklopfen könnte und sie darauf aufmerksam machen könnte, dass sie diese Zahl berechnen sollten. Dann wären die Informationen vorhanden. Im Übrigen fordern wir nicht dasselbe wie im letzten Postulat. Die Forderung

6 / 6

ist eine Light-Version der damaligen Forderung. In diesem Sinne liegt der Lieferauftrag bei den Institutionen, man müsste uns die Informationen nur weiterleiten. Es ist ein Widerspruch zu sagen, es wäre ein grosser Aufwand. Wenn es nicht anders geht, werden wir diesen Aufwand auf uns nehmen. Niemand im Rat sagte, ein transparenter Eigenfinanzierungsgrad sei schädlich. Es wurde uns lediglich vorgeworfen, dass wir uns auf rein ökonomische Aspekte fokussieren. Das steht hier nirgendwo. Es stellt sich aber die Frage, wer, wenn nicht wir, die ökonomischen Aspekte ans Licht bringen will. Wir sagten nie, dass der Eigenfinanzierungsgrad der einzige Faktor sei, um Kultur zu bemessen. Soeben bei der Diskussion um das Atelier Herdern sagte ich nicht, die 200 000 Franken seien zu teuer. Ich sagte, es sei zu teuer, wenn man keine Informationen über die Zielerreichung habe. Wenn diese nicht vorhanden sind, ist das Geld möglicherweise zum Fenster hinausgeworfen. Aus unserer Sicht ist ein Eigenfinanzierungsgrad förderlich. Dies habe ich auch von der Stadtpräsidentin mehrfach so verstanden. Ich weiss deshalb nicht, warum uns die Informationen dazu nicht zugestanden werden.

Das Postulat wird mit 45 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat